

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R. Pfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mart, u. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mart, 3 gesp. Retikelle 0,45 R.-Mart, Hinweise auf Anzeigen und eingefandte 0,10 R.-Mart, Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Mart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag. ...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, kaiserliche u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (V. V.) - Verlagsort: Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg So., Ob. gasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen. ...

Gleichweit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falten, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 106

Sonnabend, den 8. Mai 1926

48 Jahrgang.

Freiheit für die deutsche Luftfahrt.

Das kommunistische Enteignungsgesetz wurde vom Reichstag mit 236 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Das Pariser Luftfahrtabkommen ist am Donnerstag paraphiert worden.

Im Reichstag hielt Scheidemann eine maßlose Rede. Die Kommunisten brachten im Reichstag einen Mißtrauensantrag ein.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag steht vor dem Abschluß. Er soll für die spanischen Landwirtschaftsprodukte sehr günstig sein.

Die vier Bergarbeiterverbände des Ruhrbezirks fordern in einem Aufruf, seine Kohle für England zu liefern.

Der italienische Innenminister beantragt die Auflösung der Kammer.

Wegen Devisenspekulation wurden in Moskau drei Beamte der Devisenabteilung des Finanzkommissariats erschossen.

Die Friedenskonferenz in Udjda ist ergebnislos abgebrochen worden.

Waldenburg, 7. Mai 1926.

Die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten, durch die die Beflaggung der deutschen Auslandsmissionen neu geregelt wird, hat zu einer neuen Krise in der Regierungskoalition geführt. Im Reichskabinettsrat herrscht zwar nach wie vor über diese Frage volle Einmütigkeit. Dagegen sind in den Fraktionen des Zentrums und der Demokraten Schwierigkeiten entstanden. Dem Einfluß des Reichsjustizministers Marx ist es allerdings gelungen, den Widerstand der Fraktion so weit zu überwinden, daß sie sich mit einer Entschließung begnügt, in der der Flaggenentwurf bedauert und jede Verantwortung für die politischen Folgen abgelehnt wird. Erster ist dagegen der Widerstand in der demokratischen Fraktion. Zum Montag ist der Parteivorstand zu einer Sitzung einberufen worden und voraussichtlich wird sich auch der Parteiausschuß mit der Frage zu beschäftigen haben.

Die Frage kann für die Regierung dadurch noch besonders kritisch werden, daß die Linksoption die Gelegenheit zu neuen Angriffen benutzt hat. Die Sozialdemokraten wollen die Angelegenheit zum Gegenstand einer Interpellation machen und kündigen einen Antrag an, wonach der Reichstag die Flaggenverordnung mißbilligt. Darüber hinaus wollen die Kommunisten sogar einen Mißtrauensantrag einbringen. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, wie sich die einzelnen Parteien zu diesen Anträgen stellen werden. Die Möglichkeit einer Regierungsniederlage und damit einer Regierungskrise erscheint jedenfalls nicht ganz ausgeschlossen.

Das Luftfahrtabkommen ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Unterzeichnung sollte eigentlich schon am Mittwoch erfolgen, wurde aber dann auf Donnerstag verschoben. Es handelt sich auch nur erst um die Paraphierung, die offizielle Unterzeichnung erfolgt später. Das Abkommen besteht aus zwei verschiedenen Verträgen, von denen der eine zwischen Deutschland und der Völkerbundkonferenz, der andere zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen ist. Die deutschen Delegierten, Geheimrat Nord, Geheimrat Fisch und Botschaftsrat Forster, werden Ende der Woche in Berlin eintreffen. Dem Vernehmen nach ist Deutschland die Erlaubnis erteilt worden, eine Luftfahrtrasse über die Schweiz nach Italien einzurichten.

Das große Ereignis der Woche ist der englische Generalstreik. Es ist heute schwer, über den unmittelbaren Ausgang dieses großen Kämpfers vorherzusagen zu machen; denn während eines Streiks wird ebensoviele gelogen wie während eines Krieges. Und wenn während des Weltkrieges gesagt worden ist, daß Sieger bleiben wird, wer am längsten die Nerven behalten wird, so läßt sich mit dieser Formel auch nicht viel anfangen. Denn vorläufig haben noch beide Teile ihre Nerven beisammen. Das beweist die Sitzung des Unterhauses vom Mittwoch, die in musterhafter Ruhe und Ordnung vor sich ging. Baldwin war da, kühl und gefaßt wie immer, mit ihm Churchill und der größte Teil des Kabinetts; ihnen gegenüber saß in Reichweite die Bank der Opposition: Ramsay MacDonald, Thomas, Nichol, Henderson, Snowden. Jeder wollte er-

leben, wie sich das britische Unterhaus in einer noch nie dagewesenen Situation betragen würde, und man erlebte ein Schauspiel, das wahrscheinlich kein anderes Parlament der Welt unter ähnlichen Umständen geliefert haben würde. Regierungspartei und Opposition versuchten, sich gegenseitig an Würde und Gelassenheit zu übertreffen, und selbst das durch seine Zwischenrufe berüchtigte kommunistische Parlamentsmitglied Kirwood saß mit verschränkten Armen schweigend da. Die Budget-Resolutionen wurden alsdann mit beträchtlicher Regierungsmehrheit ohne Debatte angenommen. Das ist in der Geschichte des englischen Parlamentes ohne Beispiel. Die Nerven haben jedenfalls bisher auf beiden Seiten noch nicht veragert. Es fragt sich nur, wie es sich mit dem nervus rerum verhalten wird, der bei einem Streik ja auch keine geringe Rolle spielt.

Unveränderte Streiklage.

Geringe Aussichten auf Verständigung.

Die Streiklage in England ist wenig verändert. In einer amtlichen Darstellung der Lage wird hervorgehoben, wie gut der Eisenbahnverkehr schon wieder arbeite. Nahrungsmittel wären für viele Wochen vorhanden. Die Rückwirkungen des Streiks auf die übrige arbeitende Bevölkerung, die dadurch zur Arbeitslosigkeit genötigt würde, wäre der Stellung der Streikleitung abträglich. Die Darstellung schließt mit der Feststellung, daß sich die Bevölkerung mit Würde in das Unvermeidliche finde.

Ein Aufruf Baldwins.

In der von der Regierung herausgegebenen Notzeitung erklärt der Ministerpräsident Baldwin einen Aufruf an alle „guten Bürger“, in dem es u. a. heißt: „Steht fest hinter der Regierung, die ihrerseits das ihrige tut, im Vertrauen darauf, daß alle zusammenwirken werden in der Durchführung der Maßnahmen, die ergriffen worden sind, um die Freiheit und die Rechte der Bevölkerung dieser Insel zu wahren. Englands Gesetze sind das gemeinsame Erbe seines Volkes. Diese Gesetze sind in Euren Schutz gegeben. Das Parlament ist der Hüter. Der Generalstreik ist eine Herausforderung des Parlamentes und ist der Weg zur Anarchie und zum Ruin.“

Verbot des „Daily Herald“.

Die Regierung hat die Streiksonderausgabe des Arbeiterblattes „Daily Herald“ verboten. Ein Postzeitungsaufgebot beschlagnahmte die im Druck befindliche Auflage mit den Nummern und ließ ein Kommando im Verlagsgebäude zurück.

Im Osten Londons kam es mehrfach zu Ausschreitungen, so daß starke Polizeiaufgebote einschreiten mußten.

Vermittlungsversuche.

Sowohl im Oberhaus wie im Unterhaus wurden die von der Regierung verlangten Ausnahmebestimmungen bewilligt. Im Anschluß daran sind unverbindliche Besprechungen über Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Parteien im Kohlenbergbau von parlamentarischer Seite her angebahnt worden. Zwischen MacDonald und den Bergarbeiterführern Smith und Cool hat eine längere Unterredung stattgefunden. Dabei haben die Gewerkschaftsführer angedeutet, daß der Generalstreik beendet werden könne, wenn die Verhandlungen zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern aufgenommen würden. Weiter werde angenommen, daß der Sekretär der Eisenbahner, Thomas, die Vermittlungsverhandlungen hinter den Kulissen fortsetze. Ferner verlautet, daß Lloyd George einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet hat für dessen Annahme er sich die Mitarbeit maßgebender Persönlichkeiten gesichert haben soll. Große Aussichten mißt man all diesen Vermittlungsversuchen einhweiler nicht bei. Von der Streikleitung wird die Zahl der Streikenden auf 2,5 bis 3 Millionen angegeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Zahl der Arbeitslosen wächst beständig. Die Gesamtzahl der Arbeiter im Deutschen Reich ist etwa 24

Millionen, wurde aber vermehrt durch Hunderttausende, die früher von Zinsen und Ersparnissen gelebt haben, jetzt arbeiten müssen. Die Anzahl derjenigen, die Arbeitslosenunterstützung empfangen, war am 1. November 364.000, am 1. Dezember 637.000, am 15. Januar 1.780.000. Wenn noch die Gewerkschaftsziffern von teilweise Arbeitslosen hinzugefügt werden, so ist die Gesamtsumme der gänzlich oder teilweise Arbeitslosen etwa 3 Millionen.

Der Danziger Volkstag wählte zu seinem Präsidenten an Stelle des kürzlich verstorbenen Präsidenten Treichel den deutschnationalen Abgeordneten Pfarrer Alfred Semrau.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstags ist für heute Freitag Vormittag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Abkommen über Zollvereinfachungen mit Dänemark.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag ist nach sechswöchigen Verhandlungen nunmehr zustande gekommen. Der Vertrag wird im deutschen Interesse als durchaus befriedigend bezeichnet.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden am 20. Mai wieder aufgenommen.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hösch, verläßt heute Freitag Abend Berlin, um sich mit dem Ministerialdirektor Gauß zu den Verhandlungen der Studienkommission des Völkerbundes nach Genf zu begeben.

Die 56. Vollversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates nahm gestern Donnerstag in Berlin ihren Anfang. Reichsernährungsminister Dr. Haslinger sprach hierbei über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Er betonte, daß die Landwirtschaft das Fundament der Gesamtwirtschaft ist und daß Handel und Industrie nur dann sich zur höchsten Blüte entfalten können, wenn sie in einer gesunden und blühenden Landwirtschaft ihren stärksten Abfall und Rückhalt finden.

Die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates nahm am Mittwoch mit vorbereitenden Ausschusssitzungen ihren Anfang. Am Donnerstag vormittag fand eine geschlossene Vollversammlung zur Erledigung des geschäftlichen Teiles statt. Die öffentliche Tagung begann nachmittags 1 Uhr. Sie wurde eingeleitet durch eine Rede des Reichsernährungsministers Dr. Haslinger. Auch Reichskanzler Dr. Luther wird an der Tagung teilnehmen und für die Regierung eine programmatische Erklärung abgeben.

Die Trauerfeier für Dr. Pfeiffer. In Gegenwart des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und mehrerer bayerischer Staatsminister sowie von Vertretern der preussischen und der Reichsregierung fand in München die Trauerfeier für den verstorbenen deutschen Gesandten in Wien, Dr. Pfeiffer, statt. Die Trauerrede hielt der langjährige Freund des Verstorbenen, Pater Schlund, der besonders die tiefe religiöse Ueberzeugung seines verstorbenen Freundes schilderte. Nach der Trauerfeier erfolgte die Ueberführung der sterblichen Ueberreste Dr. Pfeiffers in seine pfälzische Heimat. Am Freitag erfolgt in Speyer die Beisetzung.

Frankreich.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß die Rif-Delegierten die französisch-spanischen Friedensbedingungen abgelehnt haben. Die Friedenskonferenz ist daraufhin ergebnislos abgebrochen worden. Die Rif-Delegation hat sich zu Abdel-Krim ins Hauptquartier der Rifstämme zurückbegeben. Man rechnet mit dem sofortigen Wiedereinsetzen der französisch-spanischen Offensive.

Italien.

Mussolini hat nun auch das neu errichtete Ministerium für Gewerkschaftswesen übernommen. Damit hat er jetzt sechs Ministerposten in seiner Hand vereinigt.

Polen.

Nach der Demission Strzymskis berief der Präsident der Republik eine Reihe von Parteiführern zu sich, um mit ihnen über die Neubildung des Kabinetts zu beraten. Als erster wurde der Sejm-Marschall Ratai embanen, der dem Präsidenten über die Stim-